

Bangla- desch

NGWF-Kampagne für Arbeiterinnen der Bekleidungsfabriken zeigt ersten Erfolg ✓

Die ArbeiterInnen in den Bekleidungsfabriken Bangladeschs erwirtschaften 78 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes. Dennoch sind die Lebensumstände der Beschäftigten schlecht. Und der Staat sieht weg.

Anlässlich der Beratung des Haushalts 2011/12 hatte sich die Gewerkschaft NGWF am 15. Mai mit einigen Forderungen zu Wort gemeldet:

1. Subventionierte Grundnahrungsmittel für FabrikarbeiterInnen
2. Einrichtung von Geburtskliniken
3. Aufbau von Kinderbetreuungseinrichtungen
4. Auf- und Ausbau des ÖPNV-Netzes
5. Sozialer Wohnungsbau für Fabrikarbeiterinnen

Diese Maßnahmen sollen das Leben für die Beschäftigten einfacher machen, denn die Löhne sind in der Regel zu niedrig, um auch nur Ernährung, Kleidung und Unterkunft in ausreichendem Maße zu gewährleisten.

Um zu erreichen, dass die bangladeschische Regierung hierfür Mittel im neuen Haushalt vorsieht, hat die Gewerkschaft zwischen dem 17. und 20. Mai eine Reihe von Aktio-

nen organisiert. So wurden die einzelnen Forderungen an die jeweils zuständigen Ministerien übergeben, eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die Erwartungen der Bekleidungsbeschäftigten an den neuen Haushalt“ veranstaltet sowie ein großes Treffen aller Gewerkschaften und Organisationen der Beschäftigten in der Bekleidungsproduktion abgehalten. Weitere Aktionen folgten Anfang Juni.

Die Regierung zeigte sich davon zunächst unbeeindruckt. Der Haushaltsentwurf, der dem Parlament am



Das Projekt **ExCHAINS** zielt darauf, Verbindungen zwischen Arbeiterinnen des Einzelhandels sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie aus Europa und Asien herzustellen, die entlang der globalen Zulieferkette arbeiten. Diese Verbindungen sind für den weltweiten Kampf gegen Ausbeutung und Armut in dieser Industrie überlebenswichtig.

Im Projekt **ExCHAINS** arbeitet TIE (Transnationals Information Exchange) bislang mit drei regionalen Gewerkschaften zusammen:

- ✓ Free Trade Zones and General Services Employees Union (FTZ&GSEU, Sri Lanka) (ehemalige Free Trade Zones Workers Union, FTZWU)
- ✓ National Garment Workers Federation (NGWF, Bangladesch)
- ✓ ver.di (Deutschland)

Wir wollen:

- ✓ ein Bewusstsein über die internationale Zulieferkette im Bekleidungs-, Textil- und Einzelhandelssektor aufbauen;
- ✓ konkrete Solidarität zwischen den Arbeiterinnen entlang der Zulieferkette schaffen;
- ✓ die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation fördern;
- ✓ konkrete Kampagnen unterstützen;
- ✓ Druck auf die großen Einzelhandelsunternehmen ausüben, ihre Zulieferer zu nennen und dort auf das Recht auf gewerkschaftliche Organisation zu drängen.

Bestandteil des kontinuierlichen Informationsaustauschs soll dieser Newsletter sein, der in Bangladesch, Sri Lanka und Deutschland regelmäßig erscheint und von den Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Ländern sowie von aktuellen Kampagnen berichtet. Wir hoffen, dass dies dazu beitragen wird, ein Bewusstsein von den Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Ländern aufzubauen und die Forderungen der Arbeiterinnen zu bündeln.

Weitere Informationen:

im Internet:
www.exchains.verdi.de
www.tie-germany.org

per E-mail:
info@tie-germany.org
ftzunion@wow.lk
amin.ngwf@yahoo.com

9. Juni vorgelegt wurde, sah keinerlei Mittel für die Bekleidungsbeschäftigten vor. Ihre Unzufriedenheit hierüber brachten diese am 24. Juni auf einem Marsch mit Kundgebung durch Dhaka zum Ausdruck.

Die Forderungen der fortgesetzten Kampagne wurden schließlich von anderen Beschäftigten- und sozialen Organisationen aufgegriffen und auch von Politikern unterstützt.

Schließlich beschloss das Ministerium für Frauen- und Kinderangelegenheiten am 5. August den Bau eines 10-stöckigen Wohnhauses für Fabrikarbeiterinnen mit Kinderbetreuungseinrichtung im Bekleidungsindustriegbiet Ashulia. Dies ist ein erstes Eingehen der Regierung auf zwei der fünf Forderungen (s.o.) und damit ein erster entscheidender Erfolg für die Kampagne der NGWF.

Die Kampagne wird fortgeführt. Die NGWF und ihre Unterstützer appellieren: Von den Beschäftigten nicht nur profitieren, sondern auch eine Infrastruktur schaffen, die ihnen ein Leben und Arbeiten in Würde ermöglicht!

Noch eine Erfolgsmeldung

Wie wir berichtet haben, standen die Aktivitäten der NGWF zum Weltfrauentag am 8. März schon mehrfach im Zeichen der andauernden Kampagne für einen angemessenen Mutterschutz. Zuletzt forderte die Gewerkschaft 2011 eine Angleichung der Standards: Auch die Beschäftigten des privaten Sektors sollen ein Recht auf 6 Monate bezahlten Mutterschutz erhalten, wie ihre Kolleginnen im öffentlichen Sektor. Aktuell haben sie Anspruch auf 4 Monate Mutterschutz. Immer wieder passiert es allerdings, dass Arbeitgeber diesem Anspruch nicht nachkommen. Und immer noch können Arbeiterinnen ihren Job verlieren, wenn eine Schwangerschaft bekannt wird.



Seit Januar 2011 haben Frauen, die im öffentlichen Sektor Bangladeschs beschäftigt sind, ein Anrecht auf 6 Monate Mutterschutz. Das mag uns viel erscheinen. In einem Land wie Bangladesch allerdings, in dem heute noch 5% aller Kinder unter 5 Jahren sterben, die Hälfte dieser Altersgruppe unterernährt ist und nur 17% der Mütter die Möglichkeit haben, ihre Kinder in den ersten 6 Monaten ausschließlich zu stillen, wie es die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, ist der Mutterschutz für die Kinder, die Frauen und ihre Familien eine Frage des Überlebens.

Die NGWF forderte seit Januar wiederholt die Verlängerung des Mutterschutzes von 4 auf 6 Monate auch im privaten Sektor und trug damit dazu

bei, dieser Forderung in der Gesellschaft zu breiter Akzeptanz zu verhelfen.

Am 11. August hat die Premierministerin die Arbeitgeber im Vorfeld der Weltstillwoche 2011 nun eindringlich dazu aufgefordert, ebenfalls einen Mutterschutz von 6 Monaten in ihren Betrieben umzusetzen.

Eine neue Ära für die Beschäftigten

Bereits am 1. Mai hatte die NGWF während ihrer Feier zum Tag der Arbeit dazu aufgerufen, eine „neue Ära“ für die Beschäftigten in Bangladeschs Bekleidungsindustrie einzuläuten: nach über 30 Jahren ist es nun endlich Zeit für einen Wandel! Ca. 5.000 Beschäftigte nahmen an der Kundgebung teil,

auf der Arbeitgeber und Regierung dazu aufgefordert wurden,

- ✓ die Arbeitsplätze sicherer zu machen (keine Toten mehr durch Brände),
- ✓ die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- ✓ den Beschäftigten einen Existenzlohn zu bezahlen,
- ✓ die fundamentalen Rechte der ArbeiterInnen zu respektieren,
- ✓ das Arbeitsrecht nicht nur zu Gunsten der Industrie, sondern auch zu Gunsten der Beschäftigten zu hand-



- haben sowie
- ✓ für Lebensmittelsubventionen und sozialstaatliche Einrichtungen zu sorgen.

Aber auch an die internationalen Abnehmer der produzierten Bekleidung sowie an die Regierungen der Importländer richten sich die Appelle:

- ✓ faire Stückpreise zahlen und
- ✓ die Einfuhr von Kleidung aus Bangladesch erleichtern.



Immer noch an der Tagesordnung: Union Busting

Immer noch weit verbreitet ist die Praxis der Arbeitgeber in den Bekleidungsfabriken, Beschäftigte einfach zu entlassen, wenn diese die Einhaltung ihrer Rechte fordern – oder die Fabrik im Extremfall sogar zu schließen.

So ging es in aktuellen Arbeitskonflikten bei den fünf Unternehmen Onyx Knitex, Alana Garments, Benson Apparels, Riz Fashion und Aditi Apparels in Dhaka insgesamt über 400 Beschäftigten, die sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen gewehrt hatten: z.T. um Monate verspätete Lohnzahlungen, fehlender Mutterschutz, fehlende Arbeitsverträge – all das verstößt gegen geltendes Arbeitsrecht in Bangladesch. Zwei der Unternehmen zahlten außerdem weniger als den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn.

Als ca. 200 ArbeiterInnen am 8. Juli in Dhaka mit einem symbolischen Hungerstreik gegen das Vorgehen der fünf Unternehmen protestierten, lagen die Entlassung der betroffenen Beschäftigten z.T. schon über 6 Monate zurück, aber diese hatten bis dato keine Abfindungen erhalten. Manche warteten immer noch auf die Zahlung ihrer letzten Löhne.

Im Vorfeld hatte die Gewerkschaft NGWF schon vieles versucht: Sie hat sich mit dem Arbeitgeberverband BGMEA, in dem alle Unternehmen Mitglieder sind, mehrfach zu Verhandlungen getroffen und bei der zuständigen Regierungsbehörde zu jedem der Konflikte eine Beschwerde eingereicht. Jedoch hatte sich nichts zu Gunsten der Beschäftigten bewegt.

Die Protestkampagne, die die NGWF mit der Hungerstreik-Aktion ins Rollen brachte, hat in der Zwischenzeit immerhin bereits in zweien der fünf Konflikte zu einem Abschluss geführt, mit dem beide Seiten leben können: Die entlassenen Beschäftigten haben ihre noch ausstehenden Löhne und zumindest eine bescheidene Abfindung erhalten.

Die verbleibenden drei Entlassungsfälle warten noch auf eine akzeptable Lösung. Die Kampagne wird fortgesetzt. Mit Entlassungen und Racheaktionen gegen Beschäftigte, die für ihre Rechte kämpfen, dürfen Arbeitgeber nicht durchkommen !

Internationale Solidarität

„Notwendig ist eine konkrete internationale Solidarität“, sagt Amirul Haque

Amin, Generalsekretär der NGWF. Zu diesem Zweck unterstützt der DGB seit Mai ein Projekt, in dem es um die Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisierung und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen der Bekleidungsbeschäftigten in Bangladesch durch Solidarität entlang der Bekleidungszuliefererkette geht.

Die Gewerkschaft NGWF in Bangladesch identifiziert Zulieferer großer europäischer Einzelhandelsunternehmen und untersucht die dortigen Arbeitsbedingungen. Die Forschungsergebnisse nutzt die NGWF dazu, die Beschäftigten über ihre Rechte zu informieren sowie gemeinsam Probleme und Forderungen gegenüber lokalen Produktionsbetrieben und multinationalen Käuferunternehmen zu formulieren. Innerhalb eines Jahres werden so ca. 600 Beschäftigte geschult.

Des Weiteren werden die Ergebnisse und Forderungen im Rahmen des ExChains-Projektes ver.di-Betriebsräten in deutschen Einzelhandelsunternehmen bereitgestellt, die die Forderungen gegenüber ihren Unternehmen unterstützen und Druck ausüben, damit sich Arbeitsbedingungen verbessern.

ExChains-Spendenkampagne „Organisierung“



Millionen ArbeiterInnen produzieren in den Bekleidungsfabriken Asiens Kleidungsstücke für die Märkte in der EU und den USA. Ca. vier von fünf sind Frauen, die meisten von ihnen unter 30.

Ihre Arbeitsbedingungen sehen häufig (nicht nur in „extremen Einzelfällen“) so aus:

- ✓ Löhne, von denen niemand in Würde leben kann
- ✓ Leben von der Hand in den Mund: fehlende Arbeitsverträge, keine soziale Absicherung, kein Mutterschutz
- ✓ Sexistische Diskriminierung: Toilettengänge begrenzt, sexuelle Übergriffe, Schikanen
- ✓ Gefahr für Leib und Leben: fehlender Brandschutz, veraltete Technik, fehlende Schutzkleidung
- ✓ Gewerkschaftliche Organisierung wird vom Arbeitgeber aktiv verhindert

An solchen Zuständen ist nicht etwa eine rückständige Gesetzgebung schuld. Es fehlt meist lediglich an Entschlossenheit bei der Umsetzung und Überwachung der geltenden Arbeitsrechte. Die Regierungen neigen angesichts des globalen Wettbewerbs dazu, es den lokalen Arbeitgebern, internationalen Investoren und multinationalen Abnehmerkonzernen recht machen zu wollen. So lange die Beschäftigten keine Lobby haben, die ein starkes Gegengewicht bildet, blei-

ben ihre Rechte und Interessen unbeachtet.

Umso mehr gilt: Die Beschäftigten müssen sich wehren können !

Damit sich die Zustände in den Zulieferfabriken tatsächlich verändern, arbeiten die Partner im Projekt ExChains (s.S. 1) zusammen, um dem Recht der Beschäftigten auf Organisierung zur Durchsetzung zu verhelfen.



Wir bemühen uns darum, dass den Gewerkschaften in Sri Lanka und Bangladesch der Zugang zu den Fabriken und damit zu den Beschäftigten ermöglicht wird. Zu einer effektiven Organisierung gehört aber auch, dass überhaupt genug gewerkschaftliche Organisierer zur Verfügung stehen, um die durch eine solche Öffnung entstehenden Möglichkeiten zur Organisierung auch zu nutzen. Nur so ist es möglich, den Beschäftigten ein

Bewusstsein über ihre Rechte zu vermitteln und sie in die Lage zu versetzen, diese Rechte gemeinsam zu verteidigen.

Die NGWF und die FTZ&GSEU brauchen gewerkschaftliche Organisierer!

Beide Gewerkschaften können zwar auf tatkräftige Unterstützung eines großen Kreises engagierter AktivistInnen aus den Fabriken zählen. Was diese leisten können ist jedoch nicht nur aufgrund von Zeitmangel begrenzt, sondern auch weil Beschäftigte erfahrungsgemäß mit jeder gewerkschaftlichen Aktivität ihre Kündigung riskieren. Unabhängig finanzierte Organisierer werden daher dauerhaft dringend benötigt.

Wir sind auf Eure Unterstützung angewiesen: Helft den Gewerkschaften dabei, die Ausbeutung in den Zulieferfabriken ihrer Länder zu bekämpfen !

tie – Internationales Bildungswerk e.V., Heidestr. 131, 60385 Frankfurt Spendenkonto 861685 bei der Frankfurter Sparkasse 1822, BLZ 500 502 01; Stichwort: Organisierung

